

«Ab da ging es abwärts»

Auffällig viele Beamte kündigten bei der Stadtpolizei Affoltern. Erstmals äussern sich nun Insider dazu.

Livia Häberling

Die Stadtpolizei Affoltern kämpft mit Personalproblemen. Sechs Kündigungen verzeichnete sie im ersten Halbjahr – bei einem Gesamtbestand von etwas mehr als zwölf Vollzeitstellen.

Stadtschreiber Stefan Trottmann bestätigte damals die «erhöhte Fluktuation» und erklärte diese unter anderem mit persönlichen und beruflichen Gründen. So sei das «Jobkarussell» gerade bei kommunalen Korps ständig in Bewegung. «Manch ein Mitarbeiter nutzt die Gelegenheit, wenn er an einem anderen Ort 150 Franken mehr Lohn erhält.»

«Das ist Schönrederei», entgegenen nun mehrere Insider des Korps, die entweder bei der Stadtpolizei gearbeitet haben oder dies bis heute tun. Sie haben sich nach längerem Abwägen bei dieser Zeitung gemeldet, um bei einem Treffen oder am Telefon ihre Sicht zu schildern. Weil alle dem Amtsgeheimnis unterstehen und eigentlich nicht befugt wären, öffentlich über Interna zu reden, bleiben sie anonym.

Die Aussagen des Stadtschreibers hatten sie verärgert und ja: auch ein wenig in ihrer Berufslehre gekränkt. «Diese ehemaligen Angestellten haben nicht wegen 150 Franken die Stelle gewechselt», betonten sie. Das sei «Unsinn». Wahr ist aus ihrer Sicht eine andere Tatsache: «Der Laden wurde in den letzten Monaten an die Wand gefahren.»

Auf Patrouille nonstop überwacht

Um die Anfänge dieser Geschichte zu verstehen, lohnt sich eine Rückblende in den Sommer 2023. Damals erfuhr das Korps, dass ihr Kommandant Martin Ott schwer erkrankt war. Bald darauf musste er sich aus dem Arbeitsleben zu-

rückziehen. Sein Stellvertreter übernahm interimistisch.

Das, sagen die Insider, sei der Moment gewesen, als das Schiff in Schieflage geraten sei: «Ab da ging es abwärts.» Und zwar wegen des neuen Kommandanten, der schon bald begonnen habe, «das Team mit zwanghaftem Kontrolldrang und herrischem Vorgesetztenverhalten kaputtzuführen». Und wegen der Stadt, die ihn darin nicht gebremst, sondern stattdessen noch zum Kommandanten befördert habe.

Die Informanten sprechen von einem «krankhaften Kontrollbedürfnis» des Kommandanten. «Das Vertrauen in die Mannschaft war klein. Selbst wenn er keinen Dienst hatte, kam es vor, dass er den Standort der Patrouillenfahrzeuge von zu Hause aus verfolgte und sich per Telefon einmischte. Ohnehin seien die Dienstfahrzeuge eine gläserne Zone gewesen: «Wir waren während der Patrouille vollständig überwacht», sagen die Informanten. «Die Aufnahmefunktion der Kamera, die eigentlich gedacht wäre, um im Ernstfall beispielsweise eine Verfolgungsfahrt zu dokumentieren, lief nonstop, und es war uns nicht erlaubt, sie auszuschalten.»



Stadtschreiber Stefan Trottmann dementiert, dass es Lücken im Dienstplan gegeben habe. Bild: zvg



Zwanghaften Kontrolldrang und herrisches Vorgesetztenverhalten werfen die Mitarbeitenden ihrem Kommandanten vor.

Symbolbild: Sandra Ardizzone

So wurden durchgängig auch Tonaufnahmen im Auto erstellt. Eine interne Regelung, wer diese abhören darf und wer nicht, habe es nicht gegeben. Die Kameras in den Fahrzeugen liefen zwar schon unter Martin Ott, «doch beim neuen Kommandanten befürchteten wir aufgrund des grossen Misstrauens erstmals, dass die Aufnahmen zu Kontrollzwecken tatsächlich abgehört werden. Er hatte nämlich einmal bereits das elektronische Schliesssystem auswerten lassen, um zu kontrollieren, wer wann welches Büro betreten hat.»

Gängig ist diese Praxis mit den Tonaufnahmen nicht: Sowohl Kantons- als auch Stadtpolizei Zürich teilen auf Anfrage mit, dass in ihren Fahrzeugen keine Aufnahmen gemacht werden.

Früher einstempeln durfte nur der Chef

Bereits als Stellvertreter von Martin Ott habe der heutige Kommandant teilweise ein Verhalten an den Tag gelegt, mit dem er sich nach Aussagen der Informanten beim Team in Misskredit gebracht habe: Er habe sich Privile-

gien gegönnt, während er dasselbe Verhalten beim Team sanktioniert habe. Es sind Kleinigkeiten, die so nicht verboten sind, die von den Informanten jedoch als «Machtdemonstration» empfunden wurden.

Wer vor dem offiziellen Schichtbeginn bereits gearbeitet habe, habe diese Zeit nicht aufschreiben dürfen. Ein Tabu sei das gewesen – ausser für den Kommandanten selbst. «Im System war ersichtlich, dass er die Zeit als Arbeitszeit erfasste.» Wer in der Pause mal ein paar Minuten länger sitzen geblieben sei, habe einen Rüffel kassiert. «Überziehen durfte nur der Chef.» Und auch in den Dienstfahrzeugen sei es nur ihm erlaubt gewesen, zu essen. «Für ihn galt das Verbot nicht. Seine Begründung: Er sei schliesslich der Chef.» Sie sagen: «Wir haben nichts gegen strenge Regeln, doch in einem Korps sollten sich alle daran halten.»

Dass ein «bedeutender Teil» des Korps persönlich Mühe mit dem früheren Stellvertreter und späteren Interims-Kommandanten bekundete, sei der Stadt bekannt gewesen. In Gesprä-

chen, die im Herbst 2023 während der Übergangsphase mit allen Mitarbeitenden geführt wurden, hätten mehrere Personen Vorbehalte geäussert. Doch statt die Bedenken ernst zu nehmen, sei er nach dem Tod von Martin Ott ohne weitere Eigenungsabklärungen zum Kommandanten ernannt worden. So habe sich die anfängliche Missstimmung bald verstärkt. Der Grossteil der Mannschaft habe den Sozialkontakt mit ihm sodann gemieden. Es kam zu ersten Abgängen.

Nach aussen hin habe man versucht, die Personalnot zu kaschieren. Tatsächlich aber sei das Korps nicht mehr in der Lage gewesen, seinem Sicherheitsauftrag nachzukommen. «Kommuniziert wurde das der Öffentlichkeit aber nicht. Die Bevölkerung erhielt weniger Polizeileistungen, ohne dass es jemand wusste.» Dies geht auch aus den Dienstplänen hervor, welche diese Zeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz einsehen konnte. So kam es während zwei Monaten zwölf Mal vor, dass ganztägig keine Patrouille unterwegs war.

Die Stadt Affoltern weist den Grossteil der Vorwürfe gegen ihren Kommandanten zurück. Seine Freiheiten bei der Zeiterfassung hätten Vorgesetzte geprüft, ebenso die Überprüfung des internen Schliesssystems. Beim Mitarbeitendengesprächen im Herbst 2023 habe es zudem keine Vorbehalte gegen ihn gegeben.

Der Kommandant habe sich ferner nur bei Push-Meldungen der Kantonspolizei von zu Hause aus eingeschaltet. Eingegriffen habe er «zur Unterstützung der Mitarbeitenden vor Ort und im Rahmen der Fürsorgepflicht als Arbeitgeber». Die Aufnahmen in den Fahrzeugen könnten die Patrouillen selbstständig ein- und ausschalten. Es seien auch die Patrouillen, welche die Aufnahmen auswerteten. Ein Essensverbot in den Autos sei nicht bekannt.

Dass das Korps zu wenig Personal hatte, um die gewünschte Abdeckung aufrechtzuerhalten, räumt die Stadt ein. Doch dementiert sie Lücken im Dienstplan, zumal die Kantonspolizei ja jeweils auch noch auf Patrouille sei. Ausserdem habe sich die Personalsituation inzwischen wieder beruhigt.

Kanton baut RAV-Filialen ab

Künftig soll es statt 16 nur noch 5 bis 7 Regionale Arbeitsvermittlungszentren geben.

Im Kanton Zürich soll es künftig nicht mehr 16, sondern nur noch fünf bis sieben Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV) geben. Der Kanton will Standorte abbauen. Welche gestrichen werden, ist gemäss Angaben des Kantons noch offen.

«Die aktuelle geografische Verteilung der RAV stammt aus einer Zeit, als der öffentliche Verkehr noch nicht so gut ausgebaut war und eine so stark dezentrale Organisation Sinn machte», wird Hans Rupp, Leiter des Amts für Arbeit, in einer Mitteilung vom Freitag zitiert. Dies sei heute anders. Heute

würden bereits 85 Prozent der Anmeldungen digital erfolgen, Tendenz steigend. «Ausserdem wünschen sich unsere Kundinnen und Kunden eine zentrale Anlaufstelle für sämtliche Anliegen», so Rupp weiter.

Kein Stellenabbau geplant

Die heutigen RAV seien zudem für eine Arbeitslosigkeit von bis zu 5 Prozent ausgelegt. Dieser Wert sei in den letzten zwanzig Jahren aber nie erreicht worden. Aktuell liegt die Arbeitslosenquote im Kanton Zürich bei 2,4 Prozent.

Der Kanton wird nun prüfen, welche Standorte weitergeführt und welche zusammengelegt werden. Dies soll schrittweise in den nächsten Jahren passieren. Ein Stellenabbau sei mit der Reduktion der Standorte nicht geplant, schreibt der Kanton.

Gespart wird dadurch dennoch, weil die Bürofläche verkleinert wird. Sollte die Arbeitslosigkeit wider Erwarten trotzdem einmal stark ansteigen, sollen die grösseren Zentren dies auffangen können. Mit den Gemeinden, die künftig kein RAV mehr haben, wird der Kanton das Gespräch suchen. (sda)

Budget verbessert sich um 70 Millionen

Kantonsrat Zürich Für einmal ohne Gegenstimme hat der Zürcher Kantonsrat am Dienstag das Budget 2025 um 70 Millionen Franken verbessert. Bei diesen Millionen handelt es sich um die Mindereinnahmen durch die geplante Unternehmenssteuersenkung. Diese kann aber noch gar nicht umgesetzt werden, weil sie voraussichtlich vors Volk kommt.

Es ergebe keinen Sinn, dass diese Mindereinnahmen im Budget ständen, sagte Gianna Berger (AL, Zürich). «Beim Budget soll man sich an den realistischen Einnahmen orientieren.» Je nach Abstimmungsergebnis fallen diese 70 Millionen frühestens im Jahr 2026 weg, falls überhaupt. Die Grünen vermuten, dass 70 Millionen Minder-

einnahmen «sogar eher tief geschätzt» seien. «Die Ausfälle dürften höher sein», sagte Selma L'Orange Seigo (Zürich).

Im September hatte der Kantonsrat entschieden, dass der von Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) beantragte zweite Teil der Steuervorlage 17 umgesetzt werden soll. Diese Vorlage sieht vor, den Gewinnsteuersatz für Unternehmen weiter zu senken, von 7 auf noch 6 Prozent. Zum Ausgleich wollte Stocker eigentlich eine höhere Dividendenbesteuerung in der Vorlage unterbringen, damit diese für das Volk «verträglicher» wird.

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament strich diesen Ausgleich jedoch aus der Vorlage. Grossaktionäre würden damit keine höheren Steuern abliefern

müssen. Wann die Vorlage vors Volk kommt, ist noch offen.

Ebenfalls am Dienstag beschlossen hat der Kantonsrat, den Lohn der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber im kommenden Jahr nicht zu erhöhen. Damit erhält das Obergericht 5,8 Millionen, die Bezirksgerichte 5,8 Millionen Franken weniger als geplant. Am Teuerungsausgleich hielt der Rat fest.

Der Kantonsrat diskutiert aktuell über das Budget 2025. Beim Debattenstart am Montag hat die Spar-Allianz aus SVP, FDP, Mitte und GLP bereits über 50 Millionen Franken eingespart, unter anderem bei der Verwaltung. Die Budgetdebatte endet voraussichtlich am kommenden Montag. (sda/liz)